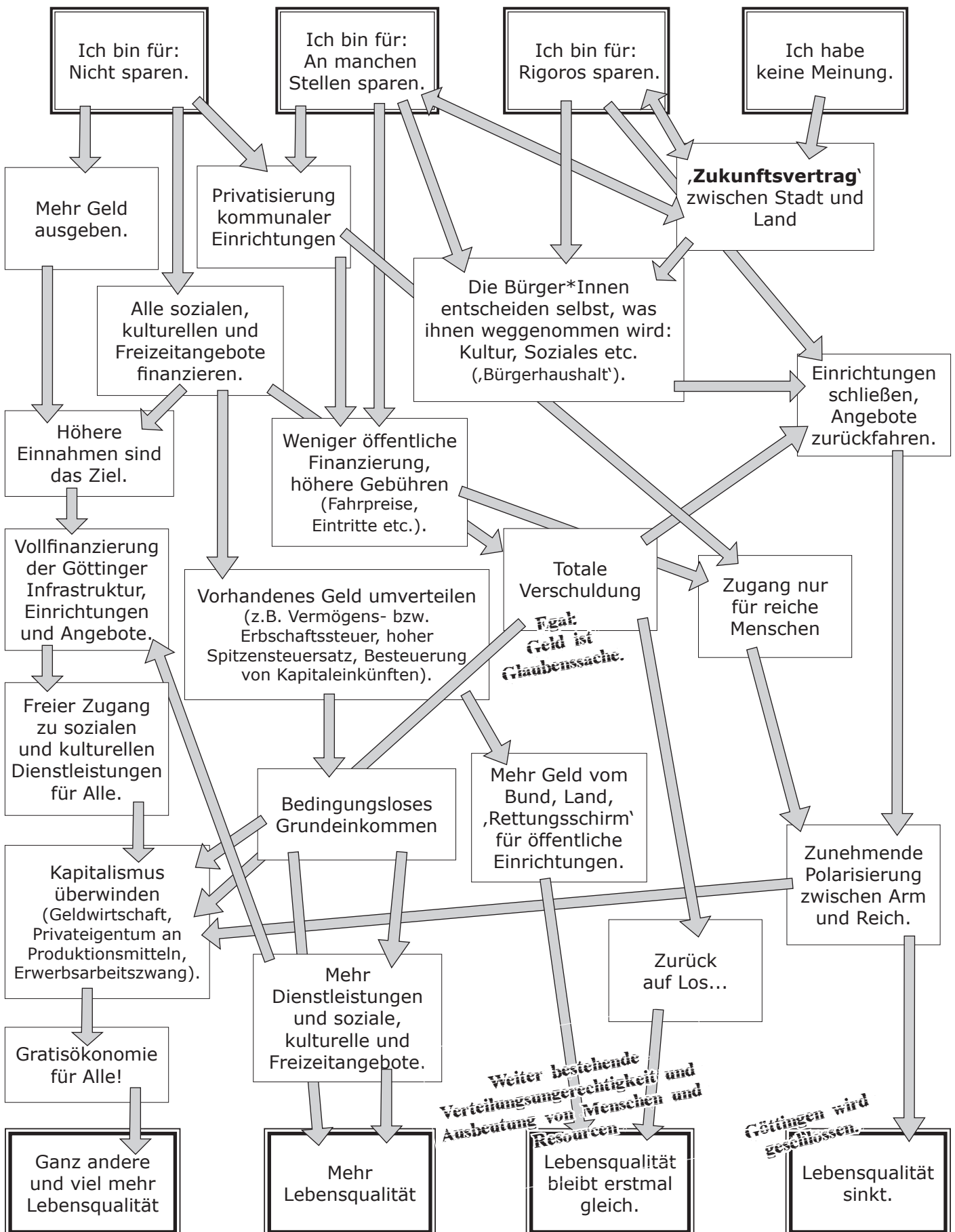


Sie sind hin und her gerissen, ob Sie für oder gegen das Sparen im städtischen Haushalt sein sollen?
 Sie glauben zwischen Pest und Cholera entscheiden zu müssen?
 Dann nutzen Sie unsere Entscheidungshilfe!

Göttingen hat Schulden: Was ist zu tun?



Zukunftsvertrag ja oder nein?

Eine Entscheidungshilfe für Bürgerinnen und Bürger

Die Schulden der Stadt Göttingen summieren sich auf rund 140 Millionen plus weitere 200 Millionen für sog. Kassenkredite - ursprünglich gedacht als kurzfristige Überbrückungskredite - und wachsen weiter. Nun unterbreitet das Land das Angebot, einen so genannten Zukunftsvertrag abzuschließen: Zehn Jahre soll in Göttingen so viel gespart werden, dass der städtische Haushalt pro Jahr ausgeglichen ist. Dafür übernimmt das Land am Ende einen Teil der Schulden der Stadt. Es ist allerdings keinesfalls gewährleistet, dass die Mittel für die Teilentschuldung aller Vertrags-Kommunen überhaupt ausreichen und schon gar nicht für zehn Jahre.

Die SPD-Grün-CDU-FDP-Mehrheit im Rat tendiert dazu, den Keine-Zukunft-Vertrag trotzdem anzunehmen. Formal entschieden wurde bislang „nur“, dass man es sich bis nach der Wahl offen hält. Die ersten Schritte in Richtung Zukunftsvertrag werden aber bereits gegangen. So verhandelt OB Meyer mit dem Innenministerium und die Verwaltung hat schon eine erste Streichliste erstellt. Zudem haben sich alle Fraktionen verständigt, diese Streichliste im Wahlkampf nicht anzusprechen. Offenbar wird nach dem Motto verfahren, dass das Thema zu wichtig sei, um die Göttinger Bevölkerung mitsprechen zu lassen.

Einige ParteivertreterInnen wollen die mit dem Zukunftsvertrag verbundene Drecksarbeit gerne den BürgerInnen überlassen – in Form eines so genannten „Bürgerhaushalts“. Die BürgerInnen sollen entscheiden, welche städtischen Angebote und Leistungen ihnen genommen werden. Sicher ist nämlich, dass es spürbare Einschnitte geben wird. Kürzen kann die Stadt nur bei den „freiwilligen Leistungen“. Die stellen zwar nur einen kleinen Bruchteil des städtischen Haushalts dar, mit diesem werden aber sehr viele Angebote (mit-)finanziert: Soziale Unterstützung, Kultureinrichtungen, Sportkurse, Beratungsangebote etc. - im Prinzip alles, was nicht unmittelbar gesetzliche Leistungen oder Verwaltungsaufgaben sind. Aber wieso kaputtmachen, was Lebensqualität gewährleistet? Ganz einfach, heucheln viele ParteipolitikerInnen: Andernfalls würde das Land die Stadt unter Zwangsverwaltung stellen und dann selbst alles dicht machen.

Dabei blenden eben jene ParteivertreterInnen aus, dass es genau sie bzw. ihre Parteien waren, die für die schlechte Finanzlage der Kommunen gesorgt haben. Die Ursachen sind neue Leistungspflichten für Kommunen bei sinkender Finanzausstattung, mehrfache Steuersenkungen zugunsten von Besserverdienenden und Unternehmen sowie Steuerumverteilungen zugunsten der Länder und des Bundes. Landtage und Bundestage - egal mit welchen Mehrheiten - haben mit vielen Gesetzesprogrammen sehenden Auges für die Finanzklemme zahlreicher Kommunen gesorgt. Auch die Göttinger Verbände der SPD-Grün-CDU-FDP-Parteien haben all dies mitgetragen. Der kommunale Kahlschlag für den Zukunftsvertrag ist nur eine Folge der jahrzehntelangen Sparpolitik unter wechselnden Vorwänden (Globalisierung, Standortkonkurrenz, Sparen für die Kinder, Finanzmärkte, Sozialbetrug, Freude an der Privatisierung etc.). Die Sparpolitik ist letztlich eine Politik der Umverteilung von unten nach oben. Sie hat den privaten Reichtum der Besserverdienenden und Besitzenden auf Kosten von sozialen Sicherheiten, Kultur- und Bildungsmöglichkeiten von vielen sowie die öffentliche Armut von Kommunen gemehrt. Seit Beginn der Finanzkrise werden nun weitere hunderte von Steuermilliarden aufgewendet, um diesen privaten Reichtum abzusichern. Es ist gelogen, wenn behauptet wird, in einem Land, das seit 1945 von drei Ausnahmen abgesehen jedes Jahr reicher wird, könne man sich ab 2013 ein Schwimmbad in Weende, Straßensozialarbeit oder Jugendzentren plötzlich nicht mehr leisten. Geld ist genug da, es ist nur woanders und wo es ist, wurde politisch entschieden durch eben jene Parteien, die sich jetzt auf kommunaler Ebene als Opfer der Verhältnisse darstellen.

Nun könnte man einwenden, dass unter kapitalistischen Verhältnissen auch nichts anderes zu erwarten sei, als die ständige Missachtung der Bedürfnisse der Mehrheit der Menschen. Da ist etwas dran, denn dem Kapitalismus wohnt eine Logik inne, wonach die gesellschaftlich erzeugten Ressourcen immer dorthin fließen, wo sich eine private Investition lohnt - also aus Kapital mehr Kapital gemacht werden kann. Sozialer Ausgleich, kulturelle Vielfalt, Beratungseinrichtungen oder kostenloser Nahverkehr lassen sich mit dieser Logik nicht verwirklichen. Um wirklich mehr Lebensqualität zu bekommen, müssten die gesellschaftlichen Ressourcen bedürfnisorientiert, nicht gewinnorientiert verteilt werden - ein ganz anderes Leben mit viel mehr Möglichkeiten wäre die Folge. Also muss der Kapitalismus überwunden werden. Bis dahin und auf diesem Wege können und müssen wir die Kahlschlagspolitik verhindern!

Weitere Informationen: www.schoener-leben-goettingen.de

Schöner Leben
emanzipatorisch - herrschaftskritisch - in bewegung **Göttingen**